



Ausschuss für Europa und Internationales

40. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 10:52 Uhr

10:56 Uhr bis 11:42 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gespräch mit Seiner Exzellenz, Herrn Thomas Østrup Møller, Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland 3**

- 2 Laufzeitverlängerung von Tihange 3 und Doel 4 um weitere zehn Jahre: Radiologischen Notfallschutz auf den neusten Stand bringen! 17**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14021

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 18/2960
Stellungnahme 18/2958

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

- 3 Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung für den Bereich „Europa und Internationales“** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 1])* **20**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4317
- Wortbeiträge
- 4 Bericht zum Ausschuss der Regionen** *(halbjährliche Berichterstattung der Landesregierung)* **21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4321
- Wortbeiträge
- 5 Illegale Drohnenflüge in NRW – Welche Schutzmaßnahmen trifft die Landesregierung in Absprache mit internationalen Staaten?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 2])* **22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4325 (nachträglich erschienen)
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 6 Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede (SOTEU) der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für NRW?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])* **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4320
- Wortbeiträge
- 7 Verschiedenes** **28**
- keine Wortbeiträge

1 Gespräch mit Seiner Exzellenz, Herrn Thomas Østrup Møller, Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße besonders herzlich unsere Gäste: Seine Exzellenz, Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Østrup Møller. Seien Sie hier im Ausschuss ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Da der ein oder andere Abgeordnete heute Anschlusstermine in Berlin hat, würde ich schauen, dass wir knackig durch die Sitzung kommen und für den ersten Tagesordnungspunkt eine Dreiviertelstunde anpeilen.

Wir freuen uns immer sehr, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Ratspräsidentschaft bei uns vorbeischaun – und bisher haben sie es alle getan. Es ist gute Tradition, dass unser Ausschuss während der EU-Ratspräsidentschaft Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Landes einlädt. Sie sehen, dass Exekutive und Legislative, Parlament und Regierung in Nordrhein-Westfalen Hand in Hand arbeiten: Gestern Abend waren Sie auf einer öffentlichen Veranstaltung, und heute sind Sie bei uns im Parlament; das klappt hier also gut. Vielen Dank!

Ich würde sagen, dass Sie erst einen Input geben. Wir sind sehr gespannt, wie die Schwerpunkte der dänischen EU-Ratspräsidentschaft aussehen und wie Sie die ein oder andere aktuelle Lage beurteilen. Bitte schön; the floor is yours.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Danke schön. – Lieber Herr Vorsitzender Stefan Engstfeld! Liebe Abgeordnete! Zunächst einmal bedanke ich mich für die freundliche Einladung in Ihren Ausschuss. Ich schätze diese Möglichkeit des Austauschs über die Prioritäten unserer Ratspräsidentschaft sehr. Im Laufe der nächsten Monate werde ich fast alle Europaausschüsse der Bundesländer besuchen. Sie sind der fünfte Ausschuss, bei dem ich im Rahmen in dieser Reihe zu Gast sein darf. Zuvor war ich schon in Berlin, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Nicht in Bayern – Gott sei Dank!

(Heiterkeit)

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Noch nicht. – Ich freue mich sehr, heute bei Ihnen in Deutschlands bevölkerungsstärkstem Bundesland und – das würde ich sagen – Europas industrieller Herzkammer sein zu dürfen.

(Beifall)

Es geht um Europa, und ich fühle mich europapolitisch positiv. Ich hoffe, dass bei diesem positiven Zugang

(Inge Blask [SPD]: Den haben wir auch!)

eine gewisse Infektionsgefahr besteht,

(Heiterkeit vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld, von Romina Plonsker
[CDU] und von Inge Blask [SPD])

denn ich denke, dass wir uns wirklich stark in den europapolitischen Raum reinbegeben müssen.

Dänemark hat die Ratspräsidentschaft in herausfordernden Zeiten übernommen: Europas Einfluss in der Welt schrumpft; unsere Sicherheit steht unter Druck; es herrscht Krieg auf unserem Kontinent; im Bereich „Wettbewerbsfähigkeit“ gibt es auch noch Luft nach oben. Daher müssen gerade jetzt entscheidende Weichen für Europas Zukunft gestellt werden. Das ist eine immense Aufgabe und Verantwortung, und dessen sind wir uns bewusst. Deshalb ist unsere Präsidentschaft auch nicht einfach business as usual.

In dieser sich schnell verändernden Welt ist es unsere Aufgabe, ein starkes Europa zu schaffen – sowohl politisch als auch wirtschaftlich und hinsichtlich der Verteidigung. Darüber hinaus müssen wir flexibel und agil sein, um auf neue Herausforderungen und Brennpunkte schnell und angemessen reagieren zu können. Dänemarks Ratspräsidentschaft trägt daher das Motto „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“. Unsere zwei wichtigsten Prioritäten lauten: ein sicheres Europa und ein wettbewerbsfähiges, grünes Europa. Lassen Sie mich nun etwas genauer auf diese zwei Prioritäten eingehen.

Zum Thema „Sicherheit“. Zu einem sicheren Europa gehört klar dazu, dass Europa in der Lage sein muss, sich selbst zu verteidigen. Die jüngsten Ereignisse, auch in meinem eigenen Land, haben uns dies noch einmal vor Augen geführt. Dies muss bis 2030 geschehen.

Die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie ist hierbei zentral. Wir müssen die militärischen Fähigkeitslücken in Europa schließen und eine stärkere gemeinsame Beschaffung durch die Mitgliedsstaaten ermöglichen. Die EU hat auch schon eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehört unter anderem die Einrichtung von neuen sogenannten Collective Capability Coalitions. Das wird auch beim Gipfel des Europäischen Rats später im Oktober besprochen werden. Auf dem informellen Europäischen Rat in Kopenhagen Anfang Oktober wurde auch fast eine gemeinsame Drohnenabwehr auf den Weg gebracht.

Wir werden uns auch entschieden für die weitere Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg einsetzen – sowohl politisch als auch wirtschaftlich, zivilgesellschaftlich und hinsichtlich der Verteidigung. Dazu gehört die gezielte Stärkung der ukrainischen Verteidigungsindustrie, aber auch noch härtere Sanktionen gegenüber Russland. Es freut uns, dass wir im Bereich „eingefrorene russische Vermögenswerte“ vielleicht ein Modell gefunden haben. Es ist hierbei auch gut, dass die USA und Europa eng zusammenarbeiten, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Auf Russland muss harter Druck ausgeübt werden. Wichtig ist, dass Sicherheitsgarantien notwendig sind, falls ein Waffenstillstand erreicht wird, damit die Angriffe nicht wieder aufgenommen werden oder sich gegen andere Orte in Europa richten.

Bei der EU-Erweiterung möchten wir auch weiterkommen. Diese ist von großer geostrategischer Bedeutung und damit auch ein wichtiger Baustein für unsere künftige Sicherheitsarchitektur in Europa. Eine ehrgeizige, leistungsorientierte Erweiterung wird die EU stärken. Das gilt sowohl für die Ukraine als auch für Moldau und die Staaten des westlichen Balkans. Die Blockade der Ukraine von einem Mitgliedstaat bereitet uns als Präsidentschaft eine gewisse Sorge.

Das Thema „Migration“ hat auch mit Sicherheit zu tun. Wir müssen unsere Außengrenzen schützen. Irreguläre Migration darf weder den europäischen Zusammenhalt noch unsere Sicherheit unterwandern. Die versuchte Destabilisierung unserer Union, zum Beispiel an den östlichen Außengrenzen, kann so nicht akzeptiert werden. Daher arbeiten wir unter unserer Präsidentschaft an neuen und innovativen Lösungen, um irreguläre Migration zu steuern. Eine Priorität ist dabei die Stärkung von umfangreichen strategischen Partnerschaften entlang der Hauptmigrationsrouten.

Zur Sicherheit gehört auch die Stärkung demokratischer Resilienz. Hierbei spielt die Regulierung von Tech-Giganten eine wichtige Rolle. Wir müssen diese in die Verantwortung nehmen, was den Kampf gegen Desinformation und den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet betrifft.

Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung europäischer Werte sind auch entscheidende Bestandteile der europäischen Zusammenarbeit. Diese müssen auf der Agenda weit oben stehen. Wir werden uns dazu sämtliche Maßnahmen anschauen. Sie sehen, dass es schon hier alle Hände voll zu tun gibt.

Wir haben aber ja auch noch eine zweite Hauptpriorität. Diese lautet, wie bereits erwähnt: ein wettbewerbsfähiges, grünes Europa. In dieser Welt der steigenden globalen Rivalität müssen wir gemeinsam handeln, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, und das Hand in Hand mit der grünen Transformation. In Dänemark sagen wir nämlich nie: „grüne Transformation oder Wettbewerbsfähigkeit“, sondern wir sagen: „Grüne Transformation ist Wettbewerbsfähigkeit.“ In dem Draghi-Bericht aus dem letzten Jahr wurde ein alarmierendes Bild des Zustands der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gezeichnet. An den aufgezeigten Problemstellen müssen wir dringend arbeiten.

Wir müssen uns gemeinsam auf Vereinfachungen und Bürokratieabbau verständigen, um Belastungen für unsere Unternehmen, Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger zu senken. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns schnell auf die sogenannten Omnibus-Vorschläge einigen, die die bürokratischen Hürden in der EU abbauen sollen.

Die strategischen Beziehungen zu Drittländern spielen ebenfalls eine zentrale Rolle, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Ausbau der weltweiten Handelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften ist daher auch eine Priorität. Die Diskussionen über das Handelsabkommen mit den USA haben wieder einmal aufgezeigt, wie wichtig es ist, den europäischen Welthandel durch Diversifizierung zu sichern und zu stärken.

In diesem Bereich würde eine rasche Genehmigung des Mercosur-Abkommens ein sehr starkes Signal senden. Die Kommission hat erst jüngst das fertige Abkommen präsentiert. Nun läuft der Genehmigungsprozess in den Mitgliedstaaten. Wir hoffen,

dass das Abkommen noch bis zum Ende dieses Jahr ratifiziert werden kann. Wir freuen uns, dass Deutschland dabei auf unserer Seite ist. Wir wissen jedoch auch, dass dies nicht in allen Mitgliedstaaten ein einfacher Prozess sein wird. Dennoch wollen wir zuversichtlich bleiben, dass die Ratifizierung nun zügig über die Bühne gehen wird.

Die stärkere Integration der Kapitalmärkte ist ein weiteres wichtiges Thema. Die Entwicklung einer echten Investitions- und Kapitalmarktunion ist das Ziel. Wir müssen mehr europäisches Privatkapital für Investitionen mobilisieren, zum Beispiel in bestehende europäische Unternehmen und neue innovative Start-ups.

Die grüne Transformation wird hingegen unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energie beschleunigt. Es muss insbesondere die europäische Energieinfrastruktur ausgebaut werden. Die Versorgungssicherheit auf den Energiemärkten muss gestärkt und die EU endgültig von russischem Gas unabhängig werden.

Es ist zudem absolut entscheidend, dass die EU weiterhin eine Führungsrolle im Bereich „Klimaschutz“ einnimmt. Wir werden uns sehr bemühen, dass die Umsetzung des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050 gelingt. Die Kommission hat einen neuen Vorschlag, ein ehrgeiziges Ziel für 2040 vorgelegt. Vor ein paar Wochen konnten sich die Klima- und Umweltministerinnen und -minister bei ihrem Ratstreffen in Brüssel schon mal auf eine gemeinsame Absicht einigen. Das war ein wichtiger Schritt, besonders weil wir als EU damit bei der UN-Versammlung Ende September geschlossen auftreten konnten.

Um ehrlich zu sein, hatten wir von dänischer Seite uns noch mehr gewünscht. Die Verhandlungen waren aber herausfordernd. Wir werden weiterhin hart für eine Festlegung des Ziels für 2040 kämpfen und die Verhandlungen weiterführen, nachdem sich die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Ratstreffen im Oktober damit beschäftigt haben.

Die Kommission hat im Juli einen Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen vorgelegt. Diesen Vorschlag haben wir mit großem Interesse aufgenommen, denn die Verhandlungen können jetzt unter unserer Präsidentschaft beginnen. Um die Handlungsfähigkeit der EU in diesen stürmischen Zeiten zu sichern, hoffen wir sehr, dass wir noch während unserer Präsidentschaft einen Verhandlungsrahmen verabschieden können. Wir empfinden es nämlich als entscheidend, dass wir als Mitgliedstaaten uns möglichst schnell und gern Ende 2026 auf einen neuen Haushalt einigen können.

Das sind also die Hauptprioritäten und Themen der dänischen Ratspräsidentschaft. Sie sehen, dass viele Aufgaben und Herausforderungen vor uns liegen. Wir als dänische EU-Ratspräsidentschaft werden aber alles tun, um zu guten gemeinsamen Lösungen zu kommen. Als Präsidentschaft ist es unsere Aufgabe, gute Kompromisse zu suchen und zu finden. Dänemark nimmt die Rolle eines Honest Brokers ein. Nicht nationale Interessen, sondern die Vermittlung von Positionen, die zu Einigkeit führen, stehen im Vordergrund.

Ich kann Ihnen erfreulicherweise berichten, dass die Kommission uns gegenüber bereits ihre große Unterstützung dieser Agenda ausgedrückt hat. Bei Fragen von Sicherheit

und Verteidigung, bei der Unterstützung der Ukraine, bei der Erweiterung, bei der Wettbewerbsfähigkeit und bei der grünen Transformation gibt es große Übereinstimmung zwischen der Kommission und unserer Regierung – und übrigens auch zwischen uns und der deutschen Bundesregierung, was uns sehr wichtig ist, da Deutschland unser Nachbarland und größter europäischer Handelspartner ist. Das stärkt das Fundament für unsere Präsidentschaft deutlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf Ihre Fragen. Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Thank you very much! Vielen Dank, Herr Botschafter, für diesen Input. Das war ein sehr guter Überblick. Ich sammle jetzt Wortmeldungen der Ausschussmitglieder.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Botschafter, vielen Dank für den interessanten Vortrag. Ich habe drei Nachfragen. In den letzten Tagen ging sehr durch die Presse, dass sich Dänemark bzw. die dänische Ratspräsidentschaft im Besonderen für die sogenannte Chat-Kontrolle, also die verdachtsunabhängige Kontrolle von Chat-Nachrichten, stark macht. Was sagen Sie zu den Bedenken von Bürgerrechtlern usw., dass es dabei um einen Generalverdacht der Bevölkerung geht? Wie geht es weiter, nachdem das gestern dem Vernehmen nach erst einmal gescheitert ist?

In Ihrem Vortrag hatten Sie gerade neue, innovative Maßnahmen gegen irreguläre Migration angesprochen. Das interessiert mich. Könnten Sie dazu vielleicht ein paar Beispiele nennen? Dänemark betreibt im Vergleich zu zum Beispiel Deutschland eine sehr restriktive Migrationspolitik. Was können Sie den anderen Mitgliedsstaaten im Rahmen Ihrer Ratspräsidentschaft als Best-Practice-Beispiel mitgeben?

Der dritte Punkt ist die Drohnenabwehr, die vorgestern auch in der Plenarsitzung Thema war. Welche konkreten Maßnahmen trifft Dänemark? Was treiben Sie im Rahmen Ihrer Ratspräsidentschaft voran?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Botschafter, wollen wir sammeln, oder wollen Sie direkt antworten? Das waren jetzt ein paar Fragen.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Wir können ein paar sammeln.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Botschafter, auch seitens der SPD-Fraktion begrüße ich Sie herzlich. Wir freuen uns, dass Sie mit dieser Runde auch hier in Nordrhein-Westfalen Halt machen. Ich schließe mich bei dem Thema „Drohnen“ an. In Dänemark gab es einige Vorfälle. Gab es neue Vorfälle? Wie haben Sie reagiert? Wie reagiert die Bevölkerung auf die Drohnenüberflüge? Was könnten wir von Dänemark lernen? In einer Plenarsitzung in dieser Woche hatten wir Drohnen in Nordrhein-Westfalen auch als Thema. Das sind unsere Fragen.

Wir haben auch Fragen dazu, wie Sie die Sicherheitslage rund um die Ostsee beurteilen. Gab es da neue Vorfälle? Wie könnten wir aus Nordrhein-Westfalen unterstützen?

Noch ein anderes Thema, nämlich die Grenzkontrollen. Wie bewerten Sie den Verkehr und den Tourismus aus Deutschland? Wie beeinflussen die Grenzkontrollen den Tourismus?

Die letzten Fragen: Wie nehmen Sie die aktuellen Beziehungen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten wahr? Wie nehmen Sie die Diskussion rund um Grönland wahr? Vielleicht könnten Sie dazu auch ein paar Sätze sagen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Da ist Grönland. – Herr Botschafter, bitte schön.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Eine sehr gute Frage.

Die Chat-Kontrolle ist in der Tat ein kontroverses Thema, bei dem ich zugeben muss, dass bisher keine Einigkeit erzielt werden konnte. Wir müssen beobachten, wie sich das Thema weiterentwickelt. Ich denke, dass wir sehen müssen, ob wir das etwas anders gestalten können. Dieser Vorschlag der dänischen Präsidentschaft wurde nicht zurückgenommen. Ich habe gesagt, dass wir versuchen, Lösungen zu finden, zu denen wir Einigkeit erzielen können. Derzeit gibt es keine Einigung – auch wegen Einwänden aus dem Bereich „Datenschutz“. Das ist zu diesem Bereich meine Antwort als Honest Broker.

Innovative Lösungen. In Brüssel passiert bei der Gesetzgebung derzeit viel. Das betrifft im Besonderen den Begriff des sicheren Drittstaats: die Rückführungsverordnung und die Erstellung einer gemeinsamen Liste sicherer Herkunftsstaaten. Sichere Drittstaaten, sichere Herkunftsstaaten und die Einrichtung von Ausreisezentren in Drittländern sind Teil dieser Diskussion. Wenn wir über innovative Lösungen sprechen, sprechen wir über diese Gesetzgebungsinitiativen, die von der Kommission ausgegangen sind. Die hat von einigen Mitgliedstaaten, auch von Dänemark, eine gewisse Inspiration bekommen, um diese Initiativen vorzunehmen.

Es gab Fragen zu Drohnen. Ich werde die Fragen zu Drohnen gemeinsam beantworten. Wir hoffen, dass wir das gemeinsam europäisch gestalten können, und versuchen das. Das ist für uns NATO-Mitglieder letztendlich auch eine NATO-Frage. Es geht um Verteidigung. Drohnen sind eine asymmetrische Bedrohung, und wenn wir es mit Asymmetrie zu tun haben, ist das Ziel, in unserer Gesellschaft Nervosität und Unsicherheit zu schaffen. Wir müssen uns politisch klare Ziele setzen und so etwas auch greifbar machen.

Deswegen müssen wir in diesem Bereich sehr eng mit unseren ukrainischen Freunden zusammenarbeiten. Bei der Drohnentechnologie ist die Ukraine weit vorne. An der zweiten Stelle steht derzeit vielleicht Russland, und dann kommen wir. Das heißt, dass wir in diesem Bereich mit der Ukraine zusammenarbeiten müssen.

Ich kann mit Ihnen teilen: Bei der informellen Ratssitzung in Kopenhagen – wir hatten sofortige Hilfe aus Deutschland bekommen; das hat nur einen Tag gedauert – waren mehrere ukrainische Experten. Ich habe fast Gänsehaut, dass ein Land im Krieg nach

Kopenhagen kommt, um unsere Staats- und Regierungschefs zu schützen. Das ist etwas ganz Besonderes.

Die Ostsee ist für uns sehr wichtig. Die ist in unserer Gegend. Wir arbeiten dazu sehr eng in der sogenannten NB8, der nordisch-baltischen Gruppe, zusammen. Wir arbeiten sehr eng mit Deutschland und mit Polen zusammen. In der Ostsee finden auch deutliche, solide Einsätze im Rahmen der NATO statt. Wir werden diese Zusammenarbeit künftig enger gestalten, besonders mit Deutschland.

Dann kam letztlich die G-Frage zu Grönland. Wir versuchen, das zu handeln. Ich sage nur: Wir versuchen, das mit einem kühlen Kopf und einem warmen Herzen zu gestalten.

(Heiterkeit vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld und von der CDU)

Das ist meine Antwort.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Eine schön diplomatische Antwort. Vielen Dank dafür.

Guido Görtz (CDU): Herr Botschafter, auch im Namen der CDU-Fraktion herzlichen Dank dafür, dass Sie uns Rede und Antwort stehen – und das ja nicht nur heute, sondern auch schon gestern in der Staatskanzlei. Sie als hoher Repräsentant der dänischen Ratspräsidentschaft sind hier also zwei Tage lang für die Abgeordneten da. Herzlichen Dank für diese wertschätzende Geste!

Sie haben sich gestern schon als überzeugter Europäer geoutet, und meine Frage ist zu einer europäischen Dimension. Sie sprachen eben von gesteuerter regulärer und irregulärer Migration, davon, wie damit umgegangen wird. Meine Frage ist keine technische: Wie sehen Sie die Chancen, dass wir eine Einigung für eine gerechte Verteilung innerhalb der europäischen Familie erzielen? Ein Aspekt ist natürlich, wie wir in Bezug auf den Fachkräftemangel den Wettlauf um die fähigsten Köpfe hinbekommen.

Ich dehne die Frage noch ein Stück weit aus: Wie sehen Sie bei der sehr komplexen europäischen Familie die Chancen, zum Beispiel gegenüber den USA geeint aufzutreten?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Botschafter, ich würde noch weitere sammeln und Sie sagen, wann Stopp ist.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Wir nehmen noch eine.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Okay, wir nehmen noch eine Wortmeldung dazu.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Vielen Dank, Herr Botschafter. Ich habe zwei Fragenkomplexe. Einer bezieht sich auf Drohnen – dazu möchte ich etwas weiter ins Detail gehen – und einer auf den Katastrophenschutz innerhalb der Europäischen Union.

Zu den Drohnen. Wir hatten vorgestern in der Plenarsitzung Diskussionen darüber. Wir müssen bedenken, dass Drohnen nicht nur als militärische Bedrohung vom Ausland aus in unser Inland fliegen können, sondern auch im Inland, ob jetzt von Deutschen oder Ausländern, gestartet werden. Es gibt also möglicherweise ein Zuständigkeitsproblem, wer in Deutschland zum Beispiel für den Abschuss, das Einfangen oder Unschädlichmachen von Drohnen zuständig ist, je nachdem, was es für Drohnen sind. Auf der anderen Seite versuchen wir, nach außen die Verteidigung mit Drohnen hinzubekommen. Da wäre dann möglicherweise wieder die EU zuständig bzw. die Bundespolizei. Wir haben also ein Problem im Bereich „Subsidiarität“.

Meine Fragen lauten wie folgt: Ist das so? Wer ist dann zuständig? Das muss auf EU-Ebene eigentlich auch geklärt werden. Wann ist die EU mit bestimmten Maßnahmen zuständig? Wann ist die Bundespolizei zuständig? Wann sind die Polizeien der Länder zuständig? So haben wir es diskutiert.

Eine weitere Frage in Bezug auf Drohnen. Drohnen, die kritische Infrastrukturen überwachen – ich nenne mal Talsperren, aber auch Eisenbahnschienen –, wie es zum Beispiel in Deutschland ist, werden von den Betreibern der kritischen Infrastrukturen in die Luft gesetzt. Wenn wir Verteidigungsdrohnen, möglicherweise von der Bundeswehr, noch hinzunehmen, wenn wir polizeiliche Drohnen hinzunehmen, kann das dazu führen, dass es in einem bestimmten Gebiet auf einmal eine Vielzahl unterschiedlicher Drohnen zum Schutz gibt.

Aber wie ist das bei permanenter Überwachung durch Drohnen mit den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger? Es wird sich im Moment viel zu wenig Gedanken darüber gemacht, was bei solchen Drohnen, die dann, vielleicht in der Luft und möglicherweise auch am Boden, auch mit Kameras ausgerüstet sind, mit den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger passiert?

Zu den Fragen hätte ich von Ihnen gerne eine Einordnung, oder Sie nehmen die mit, weil die Diskussion heute auch dazu führen soll, dass das eine oder andere, worüber derzeit noch nicht diskutiert wird, vielleicht dann auch in Brüssel oder an anderer Stelle diskutiert wird. Das waren zum einen Fragen zu den Grundrechten und zum anderen zur Subsidiarität, dazu, wer zuständig ist.

Jetzt wechsele ich von den Drohnen, die uns alle in Europa beschäftigen, zum Katastrophenschutz. Das Thema haben wir im Landtag schon oft behandelt, und zwar im Hinblick auf die Waldbrände. Jeden Sommer brennt Europa, und der Süden Europas wird ... Es wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Die zuständige EU-Kommissarin für Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management, Hadja Lahbib, hat nach diesem Sommer von einem „Sommer der Solidarität“ gesprochen: Wenn ein Land ruft, antwortet die Europäische Union vereint und in Solidarität.

Meine nächste Frage lautet wie folgt. Es gibt Hunderte Waldbrände, egal ob die durch Menschen oder allein durch die Hitze verursacht worden sind. Das europäische Krisenmanagement für Waldbrände – das gibt es ja; das wurde im Jahr 2021 geschaffen – wird meiner Meinung nach viel zu wenig in Anspruch genommen. Wir könnten viel mehr Land- und Vegetationsfläche schützen, wenn wir mehr machen würden. Auch im nächsten Sommer wird es in Südeuropa wieder brennen – möglicherweise auch bei

uns in Deutschland. Gerade der Osten mit den großen Waldflächen in Brandenburg ist betroffen. Polen wird betroffen sein, aber möglicherweise auch der skandinavische Raum. Je heißer es wird, desto größer wird die Gefahr.

Sind wir darauf ausreichend vorbereitet? Müssten wir nicht viel mehr tun? Können wir das wirklich auf die nächste Periode schieben – ich glaube, im Jahr 2028 wird der nächste EU-Haushalt diskutiert –, oder müssen wir nicht frühzeitig mehr Geld in dieses System stecken? Europas Skeptiker ärgert es immer, wenn innerhalb der EU etwas gut funktioniert. Gerade europäische Solidarität bei Waldbränden und bei effektiver Brandbekämpfung wäre eine Maßnahme, um denen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich ergänze – Sie sind sofort dran, Herr Botschafter –: In diesem Sommer waren Feuerwehren aus Bonn, Düsseldorf, Leverkusen, Königswinter und Ratingen in Spanien in der Extremadura im Einsatz. Das machen wir fast jedes Jahr. 2022 waren wir in Griechenland. 2023 waren wir im Großraum Bordeaux. Im Sommer sind wir als Land Nordrhein-Westfalen immer mit Feuerwehren im Einsatz und unterstützen.

(Zuruf von Dr. Werner Pfeil [FDP])

Das als Ergänzung. Sie haben das Wort, bitte schön.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Das waren interessante, große Fragen. Fangen wir mit der Steuerung der Migration an.

Es gibt ein – Wie soll ich das sagen? – eingebautes Dilemma, wenn wir über Ausländer sprechen. Wir brauchen ausgebildete Fachkräfte in Europa; das müssen wir schaffen.

(Inge Blask [SPD]: Ja, genau!)

Es soll Platz in Europa sein, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In unseren Botschaften, in unserem Messaging müssen wir berücksichtigen, dass wir uns in der Welt auch als ein freundliches Gebiet darstellen. Das ist für mich ein wahres Dilemma. Ich bin Beamter, es ist im Besonderen aber ja eine Frage des politischen Messagings. Wir brauchen diese Fachkräfte – das ist klar.

Es geht aber auch um die Teilung von Hürden innerhalb von Europa. Das ist schwer, auch im GEAS-Bereich – das gebe ich zu. Deshalb wird derzeit diskutiert, ob man die Migranten in Europa aufteilen kann. Ich weiß es nicht, um ehrlich zu sein. Das ist aber ein Teil des Asylpakts.

Es gab auch eine Frage zur Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. Ich habe in meiner Einführung schon erwähnt, dass die Diskussion über ein EU-USA-Handelsabkommen gezeigt hat, dass wir diversifizieren müssen. Wir dürfen nicht nur von den USA abhängig sein. Das gilt für den Warenaustausch; das gilt auch für den Service-, für den Dienstleistungsaustausch. Das hängt auch mit der Diskussion über Resilienz in Europa zusammen. Sollen wir zum Beispiel in der digitalen Sphäre künftig nur von amerikanischen Clouds und amerikanischen Systemplattformen abhängig sein? Sollen wir so etwas auch hier in Europa gestalten? Die jüngste Entwicklung hat neue

Ansätze hervorgebracht. Das wird in Europa in den nächsten Jahren, glaube ich, sehr tief diskutiert werden.

Drohnen. Ich weiß es nicht; ich bin kein Experte über die Verteilung der Verantwortung. Ich nehme an, dass das grundsätzlich ein nationales Anliegen, ein polizeiliches Anliegen ist. So ist es jedenfalls in Dänemark. Ich verstehe die Debatte hier in Deutschland so, dass es so eigentlich auch in Deutschland ist. Es geht darum, welche Kapazitäten unsere Behörden in diesem Bereich haben. Da gibt es Luft nach oben.

Wie viele Drohnen wird es geben? Künftig wahrscheinlich sehr viele. Das ist auch ein Teil der Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors. Ich war vier Jahre in China: Dort ging die Entwicklung sehr schnell. Man konnte sein Paket von einer Drohne bekommen. So etwas wird auch nach Deutschland und Europa kommen.

Es gibt selbstverständlich Regeln dazu, wie viel wir die Bürgerinnen und Bürger überwachen dürfen. Es gibt in diesem Bereich Gesetzgebung. Vielleicht müssen wir aber überlegen, was wir künftig in einer Welt mit vielen Drohnen über Europa machen. Das wäre meine Antwort. Ich bin kein Experte – das muss ich zugeben.

(Dr. Werner Pfeil [FDP]: Danke!)

Waldbrände. Im Bereich des Zivilschutzes besteht derzeit eine sehr gute europäische Zusammenarbeit. Die Anzahl der Waldbrände, die Größe der Waldbrände spricht für eine Debatte darüber, ob wir genug Kapazitäten haben. Wahrscheinlich haben wir sie nicht. Das ist normalerweise aber ein nationales Anliegen, wie auch die Verteidigung ein nationales Anliegen ist.

Brauchen wir mehr europäische Zusammenarbeit? Da sind wir zurück bei diesem Dilemma der Subsidiarität: Wie viel machen wir selbst, und wie viel wird in Brüssel koordiniert? Ich weiß es nicht, es gibt aber eine Balance.

Wir sprechen über Waldbrände: Da komme ich zurück zu unserem Einsatz für die Klimawende. Waldbrände sind ein klarer Beweis dafür, dass mit unserem Klima etwas passiert. Es wird zunehmend wärmer in Europa, und das kostet unsere Gesellschaft Geld.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Herr Botschafter, auch von meiner Seite und im Namen meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen herzlichen Dank dafür, dass Sie hier sind, und für Ihren Bericht. Mit der zweiten übergreifenden Priorität „Wettbewerbsfähigkeit und grünes Europa“ greifen Sie vor allen Dingen die Entwicklung hin zur Klimaneutralität sehr zentral auf, auch als ein Weg hin zur Wettbewerbsfähigkeit. Das ist durch die Zusammenstellung des Titels auch klar.

Meine Frage ist dazu, damit Sie noch mal die Möglichkeit haben, deutlicher zu machen, welche Schwerpunkte Sie während der Ratspräsidentschaft auf dem Weg hin zur Klimaneutralität besonders setzen möchten. Das interessiert mich; dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

In meinen weiteren Fragen geht es um demokratische Resilienz. Darauf sind Sie bei den Nachfragen auch mehrfach eingegangen. Welche Bedeutung wird die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit spielen? In welchen Bereichen werden Sie die Verteidigung

der Rechtsstaatlichkeit zur Verteidigung von europäischen Werten vor allen Dingen in den Fokus nehmen?

Ich sage das natürlich auch mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit im europäischen Raum, gerade wenn es um Herausforderungen und innovative Lösungen, die Sie bei der Migrationsfrage angesprochen haben, geht. Trotz all dieser Debatten muss die Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden. Hierzu gibt es sehr wohl auch kritische Hinweise.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Wir nehmen noch einen Abgeordneten dazu und sind dann, auch mit Blick auf die Uhr, am Ende der Redeliste.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Exzellenz, in Bezug auf die Drohnen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie gesagt haben, Sie seien kein Fachmann. In Nordrhein-Westfalen gibt es einen großen NATO-Standort, an dem der Welt- und der Luftraum der nördlichen Hemisphäre überwacht wird. Dort sind unter anderem dänische Offiziere tätig. Dort habe ich gelernt, dass das, was wir über Drohnen erzählen, nicht von großem Sachverstand geprägt ist.

Was ist eine Drohne? Eine Drohne ist das, was Sie gerade beschrieben haben. Die bringt mir mein Päckchen von DHL – das gibt es, glaube ich, auch in Dänemark. Es gibt aber auch neun Meter lange Dinger, die bewaffnet sind, und die heißen auch Drohnen. Insofern müssen wir uns, glaube ich, alle noch mal richtig darüber informieren. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie das genauso beantwortet haben. Denn das ist ein komplexes Thema. Drohnen an sich sind nicht negativ, sie werden aber gerade negativ genutzt. Drohnen sind in einem schier unglaublichen Entwicklungsstadium. Dazu wollte ich aber gar nichts fragen.

Fragen wollte ich eigentlich etwas anderes. Vor vier oder sechs Wochen war ich in Kopenhagen und total angetan: Ich fuhr über eine Brücke – ich weiß nicht mehr, wo es war; ich glaube, dass es eine nach Christianshavn war –, und dort hing an einer riesigen Fassade ein Plakat zur EU-Ratspräsidentschaft Dänemarks. Wir sind stolz; wir zeigen das: Das war ein richtig positives Signal. Ich habe gesagt: Leck die Socken! Das ist aber toll!

Man sieht also, dass sich die Dänen darüber freuen, dass sie die Ratspräsidentschaft innehaben, und das machen sie nicht nur den Einheimischen, sondern auch den Touristen wie mir deutlich. In dem Zusammenhang habe ich dort auch mit mehreren Leuten gesprochen – viele in Dänemark sprechen so gut Deutsch wie Sie; mein Dänisch ist ganz schlecht; ich kann es nämlich überhaupt nicht –,

(Zuruf von Romina Plonsker [CDU])

und die sprachen wunderbar darüber, dass Frau Frederiksen, auch mit ihren maßgeblichen Kommentaren zu vielen Politikfeldern, jetzt eine große Rolle in Europa spielen würde. Die sprachen davon, dass sich innerhalb der dänischen Gesellschaft vieles getan hätte.

Teilen Sie den Eindruck, den ich in den Gesprächen gewonnen habe, dass sich die Einstellungen der Menschen zu Europa, also zur EU, aber auch zur NATO unter anderem, aber nicht nur, wegen Trump, wegen Grönland in den letzten zwei, drei Jahren geändert haben, oder ist das nur der Eindruck, den man einem interessierten Besucher in Kopenhagen darstellt? Wie ist die mentale – das hätte Boris Becker gesagt – Lage der Dänen einzuschätzen? Das interessiert mich sehr, weil man ja eigentlich rauskriegen möchte, wie in einer Ecke das Gefühl ist.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Der Kollege Dr. Bergmann spricht kein Dänisch, kann aber Nederlands spreken, was er in diesem Ausschuss immer wieder unter Beweis stellt.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das wollte ich jetzt nicht tun!)

Sie haben das Wort; bitte schön, Herr Botschafter.

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Erst zu den Schwerpunkten im Bereich „Klimawende und Klimaneutralität“. Das soll nicht nur eine Überschrift und ein Schlagwort sein, sondern es gibt dazu auch wirklich Konkretes. Da geht es im Besonderen um die Energiewende in Europa. Wir müssen die Investitionen in erneuerbare Energien beschleunigen. Schauen wir 20 Jahre voraus: Dann gibt es in Europa nur eine Energiequelle, und das ist erneuerbare Energie. Es kommt dann kein russisches Gas mehr nach Europa. In einigen Ländern kommt vielleicht ein Ausbau von Kernkraft. Jetzt komme ich zu etwas politisch Heiklem: Ich denke, dass in Deutschland keine Kernkraft kommt – so habe ich es verstanden.

Meine Botschaft ist eigentlich, dass das unsere Energiequelle sein wird, und die müssen wir richtig gestalten. Es ist ungeheuer schwer, von heute aus das Klimaziel von 2050 und hier in Deutschland das Ziel von 2045 anzugehen. Wir brauchen Kompromisse; wir brauchen Brückenlösungen; wir brauchen wahrscheinlich auch noch fossile Brennstoffe, um unsere Gesellschaft in Gang zu halten.

Es geht aber grundsätzlich um bessere Rahmenbedingungen für erneuerbare Energie; es geht um Infrastruktur; es geht um Interkonjunktionen. Auf der iberischen Insel gab es einen Stromausfall. Ein Problem war, dass es nicht genügend Interkonnektoren zwischen der iberischen Insel und Frankreich gibt. Die brauchen wir. Wir brauchen bessere Interkonnektoren zwischen Dänemark und Deutschland. Wir sind weit vorne, und das ist wichtig. Wir brauchen ein Stromnetz, und wir brauchen künftig auch ein Wasserstoffnetz. Es gibt also viel Arbeit.

Wir brauchen diese Energiewende. Dieser Markt wird nicht plötzlich entstehen. Wir brauchen kluge Fördermaßnahmen in unserem Staat. Man braucht einen Markt, und man muss es klug einsetzen. Wenn wir über Klimaneutralität sprechen, sprechen wir am meisten eigentlich über die Energiewende in Europa. Die ist für uns ungeheuer wichtig. Wir arbeiten in diesem Bereich sehr eng mit Deutschland zusammen, und wir führen das stark weiter.

Meine Antwort ist: Es geht im Besonderen um europäische Energiepolitik.

Zu den innovativen Lösungen habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Das ist eine schwierige Diskussion. Diese Diskussion läuft derzeit in Brüssel und basiert auf der Gesetzgebungsinitiative der Kommission. Zu innovativen Lösungen ist das die jetzige Gesetzgebungsinitiative.

Drohnen. Das ist kompliziert. Herr Bergmann, danke schön; ich bin kein Experte.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Ich auch nicht!)

Dennoch werden sie künftig ein Teil unseres Alltags sein.

Herr Pfeil, ich habe Ihre Frage eben nicht ordentlich beantwortet. Selbstverständlich gibt es auch in unseren eigenen Ländern Menschen, die – Wie soll ich das sagen? – ein bisschen opportunistisch agieren und zum Beispiel versuchen, den Flugverkehr zu stören. Das ist aber eine polizeiliche Aufgabe, eine Ordnungsaufgabe.

Herr Bergmann, zurück zu Ihnen: Wir sind europapolitisch positiv eingestellt. Das hat sich – das ist meine eigene Einschätzung – vielleicht ein bisschen geändert. In der jetzigen geopolitischen Lage brauchen wir Europa. Wir waren aber eigentlich immer europapolitisch orientiert bzw. europaorientiert. Ich muss aber auch zugeben, dass es vielleicht einen gewissen Abstand gab. Es gab in Dänemark vielleicht ein gewisses Zögern. Wir Dänen haben ja auch einige Opt-outs.

Aber fragen Sie die Dänen: Wir sind die am meisten europapositive Bevölkerung in Europa. Laut der letzten Umfrage, die ich gelesen habe, finden rund 80 %, dass die EU-Mitgliedschaft für Dänemark gut ist. Das ist auch für die Richtungssetzung unserer Politik in Dänemark von ziemlicher Bedeutung.

Wir in Dänemark brauchen Europa. Wir haben zum Beispiel gerade über die Energiepolitik gesprochen: Wir können diese nicht selbst gestalten. Wir haben potenziell einen Überschuss von Energie, und den werden wir gern mit Europa teilen. Gäbe es keine EU, könnten wir so etwas nicht machen. Für uns ist Europa notwendig. Deshalb sind wir ganz einfach europapositiv.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ein schönes Schlusswort. Exzellenz, Herr Botschafter Østrup Møller, vielen Dank dafür, dass Sie uns besucht haben, dass Sie uns für den Austausch zur Verfügung standen. Das war interessant; das war befruchtend. Wir wünschen dem Königreich Dänemark natürlich alles Gute und eine glückliche Hand bei der restlichen Zeit der EU-Ratspräsidentschaft und auch generell – natürlich auch bei der G-Frage.

(Heiterkeit von Thomas Østrup Møller [Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland])

Da stehen wir, glaube ich, an Ihrer Seite. Vielen Dank!

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Ich schlage vor, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen und draußen vor dem Saal ein Foto mit mir, dem Vorsitzenden, mit dem Minister, mit dem Staatssekretär und Ihnen machen. Für ein zweites

Motiv holen wir dann die Obleute der Fraktion dazu. Danach machen wir hier drinnen weiter.

Gute Heimreise!

Thomas Østrup Møller (Botschafter des Königreichs Dänemark in der Bundesrepublik Deutschland): Ich wollte nur noch sagen: Vielen Dank für den schönen Empfang und die guten und sehr komplizierten

(Heiterkeit)

Fragen! Vielen Dank!

(Beifall – Kurze Unterbrechung)

2 Laufzeitverlängerung von Tihange 3 und Doel 4 um weitere zehn Jahre: Radiologischen Notfallschutz auf den neusten Stand bringen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/14021

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 18/2960
Stellungnahme 18/2958

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Europa und Internationales, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 04.06.2025)

Angesichts der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke Tihange 3 und Doel 4 um weitere zehn Jahre müssten Schutzmaßnahmen wie die Lagerung und Verteilung von Jodtabletten überdacht werden, leitet **Dr. Werner Pfeil (FDP)** ein. Professorin Dr. Dagmar Starke von der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, Stellungnahme 18/2960, habe sich dieser Forderung angeschlossen:

„Die Landesregierung sollte angesichts der weiterhin geplanten Laufzeitverlängerung umfangreiche verhältnispräventive Maßnahmen vornehmen, dazu zählen die Verwendung der Warnsysteme [...], der Austausch von Messdaten und eine vorbereitete Krisenkommunikation für die gesamte Bevölkerung. Gerade auf kommunaler Ebene ist der Öffentliche Gesundheitsdienst in das Krisenmanagement einzubeziehen. Entsprechende Kompetenzen sind an dieser Stelle auszubauen.“

Er widerspreche der Auffassung von Dirk Schattka vom Verband der Feuerwehren in NRW, Stellungnahme 18/2958, dass alles so bleiben könne wie derzeit. An den älter werdenden Atomkraftwerken, die in diesem Fall ihre Laufzeit bereits überschritten hätten, könnten schließlich Mängel auftreten.

Auch die geänderte Bedrohungs- und Gefahrenlage, die Ungewissheit, ob Atomkraftwerke in Zukunft das Ziel terroristischer Angriffe oder ausländischer Mächte würden, erfordere weitere Maßnahmen. Beispielsweise würden im deutsch-belgischen Grenzgebiet vermehrt Spionagedrohnen gesichtet, und der Einsatz von Drohnen mit anderen Einsatzzwecken könne für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Da nicht beeinflusst werden könne, wie die belgische kritische Infrastruktur geschützt werde, müssten neben Absprachen, der Vorbereitung auf Warnszenarien, der Durchführung von Übungen und dem wechselseitigen Informationsaustausch noch weitere Maßnahmen für einen ausreichenden Bevölkerungsschutz getroffen werden.

Zum Beispiel halte die StädteRegion Aachen Jodtabletten teilweise in einem zentralen Lager vor. Von einem Zwischenfall in einem Atomkraftwerk bis zur Auslieferung der Jodtabletten würde aber einige Zeit vergehen. Daher fordere die FDP-Fraktion, diese auf einfachem Weg dezentral in Schulen und Kindergärten zu lagern, damit sie vor Eintreffen einer radioaktiven Wolke eingenommen werden könnten. Damit dies nicht zu Panik führe, müsse dies ja nicht unbedingt öffentlich erfolgen.

Es müsse versucht werden, die Abschaltung der beiden Atomkraftwerke zu erreichen, stellt **Josef Neumann (SPD)** klar. Er stimme der FDP-Fraktion zu, dass im Rahmen des Katastrophen- und Gesundheitsschutzes Vorsorgemaßnahmen – darunter falle auch die Lagerung von Jodtabletten und deren Verteilung im Katastrophenfall – getroffen werden müssten.

Allerdings würde die Lagerung von Jodtabletten in Kindergärten oder Schulen sicherlich nicht geheim bleiben. Eine dortige Lagerung wäre sowieso nur mit einer proaktiven, aufklärenden Kampagne über diese gesundheitsvorbeugende Maßnahme sinnvoll, da sonst Unsicherheit geschaffen würde. Er bevorzuge es, eine Lagerung bei Einrichtungen des Katastrophenschutzes, des Sicherheitsapparates und des Gesundheitswesens in den Blick zu nehmen.

Berivan Aymaz (GRÜNE) betont, der Antrag setze insbesondere gesundheitspolitische Schwerpunkte. Dirk Schattka vom Verband der Feuerwehren in NRW, Stellungnahme 18/2958, habe allerdings verdeutlicht, dass bereits bestehende Notfallpläne ausreichen und eine Verteilung von Jodtabletten im Vorfeld keinen Mehrwert mit sich bringe.

Romina Plonsker (CDU) sagt, die europapolitische Dimension bei dem Themabestehe in der Forderung nach einer Abschaltung der beiden Atomkraftwerke. Dafür setze sich die CDU-Fraktion seit Jahren ein.

Die weitere Laufzeitverlängerung sei problematisch; auf Notfälle müsse sich sowohl hinsichtlich der sogenannten Pannenreaktoren Tihange 3 und Doel 4 als auch der weiter von der Grenze entfernt liegenden Atomkraftwerken vorbereitet werden.

Deutschlands Nachbarländer betrieben eine rationalere Energiepolitik als Deutschland, so **Sven Werner Tritschler (AfD)**. Womöglich werde Deutschland sogar einmal Strom aus Tihange 3 und Doel 4 brauchen, da die deutsche Energiepolitik keine flächendeckende und dauerhafte Versorgung sicherstellen könne. Die AfD halte den Atomausstieg seit Jahren vor allem unter Sicherheitsaspekten für sinnlos, und der Antrag bestätige dies.

Die Lagerung von Kaliumiodidtabletten in Kindergärten und Schulen sei nicht notwendig, das schließe er auch aus den Stellungnahmen. Zum einen könnte sie Ängste hervorrufen und wäre zum anderen teuer und bürokratisch. Kindergärten und Schulen seien aufgrund von fehlendem Personal schon jetzt überlastet und könnten eine solche Lagerung nicht leisten.

Die belgischen Atomkraftwerke befänden sich womöglich auch deshalb nicht auf dem neusten Stand, weil die Entwicklung moderner und besserer Atomkraftwerke in Europa jahrelang verzögert worden sei.

Es habe im Bereich der Atomenergie in der Europäischen Union erhebliche Forschungsentwicklungen gegeben, widerspricht **Dr. Günther Bergmann (CDU)**. Forschungskapazitäten seien aus Deutschland nach Frankreich abgewandert, in Bezug auf die sogenannten Schnellen Brüter zum Beispiel nach der Eingliederung der Kraftwerk Union AG aus Mülheim an der Ruhr in ein französisches Unternehmen.

Wenn Atomkraft verwendet werden solle, müssten die Anlagen sicherer sein als die beiden in Belgien: Diese seien veraltet und entsprächen nicht vergleichbaren sicherheitsreduzanten Atomkraftwerken in Deutschland. Dafür brauche es eine Weiterentwicklung der Technologie.

Die Diskussion um Jodtabletten halte er in Teilen für lächerlich: Diese erweckten zwar ein Gefühl der Beruhigung, mit Tabletten ließe sich das Problem aber nicht lösen, da deren Verteilung im Ernstfall, je nach Entfernung zur Grenze, sowieso nicht rechtzeitig erfolgen könne. Vor rund 40 Jahren sei in seiner Heimatstadt Kalkar ein sogenannter Schneller Brüter gebaut, aber nie in Betrieb genommen worden. Die Diskussion über Jodtabletten habe er schon damals, wohnhaft ca. 3 km von der Grenze entfernt, so empfunden.

Passiere in einem Atomkraftwerk in Grenznähe etwas, habe Nordrhein-Westfalen keinerlei Einfluss auf das Handeln der Belgier, legt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** dar. Insbesondere bei Wind aus Küstenrichtung würde eine radioaktive Wolke schnell Nordrhein-Westfalen erreichen, und Aachen liege besonders nah an der Grenze. Der Antrag entspreche also einem klaren Bedürfnis der StädteRegion. Wenn sogar der Betreiber der beiden Atomkraftwerke, das Unternehmen „ENGIE Electrabel“, gegen die zehnjährige Laufzeitverlängerung gewesen sei, weil beide als unsicher bewertet würden, müsse sich über den Notfallschutz doch Gedanken gemacht werden.

Die Lagerung von Jodtabletten werde bereits seit knapp zehn Jahren diskutiert. Unter anderem der ehemalige Städteregionsrat Helmut Etschenberg von der CDU habe dafür gesorgt, dass die StädteRegion überhaupt Jodtabletten erhalten habe. Ziel sei es damals gewesen, Kinder und Jugendliche bei einem Zwischenfall in dem mittlerweile abgeschalteten Atomkraftwerk Tihange 1 frühzeitig zu schützen. Bei der Forderung, Jodtabletten in Kindergärten und Schulen zu lagern, gehe es der FDP-Fraktion nun auch nur um den Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

3 Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung für den Bereich „Europa und Internationales“ (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 1])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4317

Inge Blask (SPD) fragt, warum bei einigen Projekten für das Jahr 2025 trotz veranschlagter Soll-Ausgaben keine Ist-Ausgaben ausgewiesen würden. Dies treffe beispielsweise auf das Deutsch-Niederländische Jugendwerk – Soll-Ausgaben: 100.000 Euro – sowie die Landesinitiative „Europa-Schecks“ – Soll-Ausgaben: ca. 1,5 Millionen Euro – zu. Sie interessiere, ob die veranschlagten Soll-Ausgaben erreicht worden seien oder nicht und ob womöglich strukturelle Probleme vorlägen. Beim Eine-Welt-Promotoren-Programm beliefen sich die Ist-Ausgaben trotz veranschlagter Mittel von ca. 1,3 Millionen Euro auf nur rund 610.000 Euro.

Zudem erkundige sie sich nach den Bedingungen für Auszahlungen im Rahmen von Einzelprojektförderungen.

Da die Ansätze im Einzelplan 02 „Ministerpräsident“ häufig sehr gering seien, werde oftmals, auch bei den genannten Beispielen, ein „0-1-Prinzip“ angewandt, erläutert **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**: Nach erfolgter Umsetzung und Abrechnung von Maßnahmen, gälten die veranschlagten Mittel als ausgeschöpft, und vorher liege keine Angabe vor. Eine Bewertung könne daher erst in einer Rückschau auf das gesamte Jahr erfolgen.

4 Bericht zum Ausschuss der Regionen *(halbjährliche Berichterstattung der Landesregierung)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4321

Da der Bericht einen Rückblick auf das 1. Halbjahr 2025 umfasse, erkundigt sich **Inge Blask (SPD)** nach den Planungen für den Ausschuss der Regionen für das Jahr 2026.

Bezüglich des Netzwerks für regionale Hubs, RegHub, interessiere Sie, wie die Konsultationen mit Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen durchgeführt würden sowie die geplanten Themen für das Jahr 2026.

Hinsichtlich des Ausschusses für Regionen müssten für das nordrhein-westfälische Mandat noch Personen benannt werden, antwortet **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Gespräche dazu fänden derzeit statt. Weil Stefan Engstfeld (GRÜNE) als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen über seine Fraktion über ein Stimmrecht verfüge, sei die Perspektive Nordrhein-Westfalens dort im Moment aber trotzdem vertreten.

Inhaltliche Schwerpunkte würden auf dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 sowie der Kohäsionspolitik liegen. Der Ausschuss der Regionen eigne sich besonders gut dazu, die nordrhein-westfälischen Interessen einzubringen, da dort über Parteien und Mitgliedsstaaten hinweg Allianzen geschmiedet werden könnten.

Für das Netzwerk für regionale Hubs, RegHub, werde in Brüssel momentan das Arbeitsprogramm erstellt, so **MR Dr. Stefan van Heeck (Staatskanzlei, Vertretung des Landes bei der Europäischen Union)**. Alle Mitglieder des Netzwerks erarbeiteten in Brüssel die zu untersuchenden Bereiche, zu denen jeweils Fragen formuliert würden. Diese Fragen würden dann an die nordrhein-westfälischen Stakeholder verteilt werden. Das Arbeitsprogramm könne nach Erstellung gerne zur Verfügung gestellt werden. – Sie werde zu einem anderen Zeitpunkt noch einmal danach fragen, weil die Antwort unkonkret gewesen sei, reagiert **Inge Blask (SPD)**.

Analog zu diesem Bericht rege er einen Bericht zum Kongress der Gemeinden und Regionen Europas an, so **Dr. Günther Bergmann (CDU)**. In der Plenarsitzung am 8. Oktober 2025, Plenarprotokoll 18/103, habe ihn der Landtag Nordrhein-Westfalen für diesen als stellvertretendes Mitglied gewählt. Im Hinblick auf die Verwaltung des Kongresses kämen gerade Probleme auf, über die gesprochen werden sollte.

Vorsitzender Stefan Engstfeld gratuliert dem Abgeordneten zu seiner Wahl. Grundsätzlich spreche nichts gegen einen solchen Tagesordnungspunkt. Da die nordrhein-westfälischen Mandate beim Ausschuss der Regionen und beim Kongress der Gemeinden und Regionen Europas vonseiten der Landesregierung unterschiedlich begleitet würden, müsste vorher aber die Berichtsform geklärt werden.

5 Illegale Drohnenflüge in NRW – Welche Schutzmaßnahmen trifft die Landesregierung in Absprache mit internationalen Staaten? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [siehe Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4325 (nachträglich erschienen)

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) leitet ein:

Ich entschuldige mich im Namen der Landesregierung dafür, dass dieser Bericht zu spät eingetroffen ist. Deswegen haben wir das in der Zwischenzeit zu einem mündlichen Bericht geändert. Ich kann das aber erklären.

Wir haben bei diesem Thema momentan ein sehr hohes Arbeitsaufkommen – seien es Presseanfragen, seien es Nachfragen durch andere Landesregierungen oder Ressorts, seien es die vielfältigen parlamentarischen Befassungen. Sie alle wissen, dass es dazu am Mittwoch eine Aktuelle Stunde gab. Dafür werden Berichte angefertigt. Am Ende trifft das alles immer das gleiche Fachreferat, und deshalb hat es bei diesem Bericht etwas länger gedauert. Ich bitte, das zu entschuldigen.

Wir haben den Bericht gestern Abend aus dem IM erhalten. Herr Reul hat den bereits an den Landtagspräsidenten gerichtet; der wurde aber noch nicht weitergeleitet. Wir können den im Nachgang auf jeden Fall gerne unverzüglich zur Verfügung stellen.

Für die Ausführungen gebe ich an den Kollegen aus dem Innenministerium weiter.

LPD Dirk Hulverscheidt (IM) fährt fort:

Ich stelle mich kurz vor, weil wir in diesem Ausschuss eher selten vertreten sind. Mein Name ist Dirk Hulverscheidt. Ich leite im Innenministerium das Referat, das für Einsätze in besonderen Lagen zuständig ist. Dazu gehört auch das Thema „Drohnerdetektion und -abwehr“. Ansonsten bin ich vom Fußballereinsatz über Versammlungen bis hin zu terroristischen Anschlägen für alles zuständig, was damit zu tun hat, und nehme im Moment auch die Funktion des Inspektors der Polizei wahr.

Erlauben Sie mir – wir haben das so auch in dem schriftlichen Bericht niedergelegt – eine polizeifachliche Einordnung. Am Mittwoch haben Sie wahrscheinlich alle die Debatte zu dem Thema verfolgt.

Ich nehme interessiert zur Kenntnis, dass andere Länder jetzt Drohnerabwehrzentren einrichten, denn wir haben so etwas schon seit 2014 – das will ich doch mal darstellen. Wir waren im Jahr 2014 und im Übrigen auch für viele weitere Jahre die einzige Landespolizei, die so etwas hatte. Wenn es in den Jahren in anderen Bundesländern größere Einsatzlagen gab, hat die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen diese mit ihrer Expertise, mit ihrem Fachpersonal und den entsprechenden technischen Möglichkeiten unterstützt.

Was können wir? Beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste halten wir die entsprechende Technik zentral vor. Das ist hoch spezialisiert; es braucht entsprechendes

Fachpersonal. Der Minister hat es auch in der Plenardebatte dargestellt: Wir sind auch für planbare Einsatzlagen, also bei Staatsbesuchen, wenn sich besondere Gefährdungen ergeben, aufgestellt. Zur Europameisterschaft komme ich gleich noch. Für solche Fälle sind wir aufgestellt.

Wir verfügen – Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich natürlich ein Stück weit im Allgemeinen bleiben muss – über den Stand der Technik, der auf dem Markt im Moment für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung verfügbar ist. Wenn die Fachleute sagen: „Mensch, es gibt jetzt ein System, das wir gerne hätten, wir haben aber letztes Jahr etwas gekauft“, ist das eine Frage von Innovationszyklen. Aus polizeifachlicher Sicht sind wir aber auch im bundesweiten Vergleich bestens aufgestellt.

Das spiegelt sich auch darin wider – Herr Abgeordneter Pfeil, Sie haben auch gefragt, wie wir länderübergreifend aufgestellt sind und was wir da machen –, dass wir in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2021 die „Einsatzberatungsstelle Abwehr unbemannter Luftsysteme“ haben – mandatiert aus den Untergremien der Innenministerkonferenz. Seitdem beraten wir die Länder und den Bund beim polizeilichen Einsatz zum Thema „Drohnenabwehr und -detektion“ – aber eigentlich haben wir das auch schon vorher gemacht, weil wir letztendlich Vorreiter waren. Wenn irgendeiner ein Problem hat, fragt er also bei uns nach. Das zeigt schon, welche besondere Stellung wir als Landespolizei Nordrhein-Westfalen bei diesem Thema einnehmen und welche Expertise wir in diesem Zusammenhang haben. Mit dem Bundeskriminalamt sind wir auch eng verdrahtet und beraten bei Fragestellungen zur Beschaffung: Was ist an Technik auf dem Markt, und wohin muss man sich entwickeln? Wir nehmen also eine besondere Stellung ein.

Ich habe eben die Europameisterschaft genannt. Ich kann das deshalb sagen, weil ich auf Bundesebene die Projektgruppe des UA FEK zur Erstellung einer Rahmenkonzeption für den Einsatz der Polizei der Länder und des Bundes geleitet habe. Damit waren wir auch für das gesamte Thema „Luftraumschutz“ verantwortlich. Das taktisch-technische Einsatzkonzept für die Detektion und Abwehr von Drohnen haben wir erstellt.

Ich kann Ihnen sagen, dass bei den anderen Spielortländern viel Überzeugungsarbeit notwendig war, dass sich mit Szenarien darauf eingestellt werden muss und die entsprechenden Fähigkeiten, die wir schon hatten, vorgehalten werden müssen. Das war jedenfalls für die Spielortländer der Impuls, sich in dem Zusammenhang besser aufzustellen.

Auch darüber kann vielleicht ein Stück weit eingeordnet werden, wo wir stehen, und wie Darstellungen in den Medien einzuordnen sind. Wir bauen Drohnenabwehrcentren auf – ich will es mal allgemein dabei belassen.

In dem Zusammenhang sind wir bei allen größeren Einsatzlagen, zuletzt beim Tag der Deutschen Einheit im Saarland, im Einsatz gewesen.

Herr Abgeordneter Pfeil, Sie haben auch nach dem internationalen Bereich gefragt. Beim NATO-Gipfel in Den Haag haben wir das deutsche Kontingent der Drohnenabwehr und -detektion bundesweit zusammengeführt und dort in den Einsatz gebracht.

Seit 2014 richtet das LZPD jährlich Großübungen aus: länderübergreifend, auch mit internationaler Beteiligung und auch ressortübergreifend. Wir sind in einem engen Austausch, und unsere Fachexpertise ist deutlich gefragt – im Übrigen auch vom Markt.

Wir sind aus rein polizeifachlicher Sicht bei den Szenarien für planbare Lagen also – ich hoffe, dass das deutlich wird; ich will das auch noch mal sagen – bestens aufgestellt.

In der jetzigen Situation muss sich natürlich damit beschäftigt werden, wohin die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung in dem Feld ausgerichtet werden muss. Es muss gesagt werden: Es gibt in der Luft viele Drohnen, und viele sind wahrscheinlich legal in der Luft – das ist so.

(Dr. Werner Pfeil [FDP]: Ja!)

Insofern muss der Polizeibeamte, wenn eine Meldung über eine Drohnensichtung hereinkommt, erst mal zeitgerecht da hinkommen – bei der Schnelligkeit, mit der sich das in der Luft abspielt, ist das schon mal schwierig. Dann muss geguckt und festgestellt werden, ob das noch in irgendeiner Form legal ist oder eben nicht. Ich nenne mal ein Beispiel, weil die kritische Infrastruktur ja immer eine Rolle spielt. Ich hoffe, ich liege richtig: Ich glaube, dass man 100 m daneben fliegen darf. Wie will man vom Boden aus nach oben gucken und feststellen, ob das jetzt 100 m daneben ist oder nicht? Ich will damit nur sagen, dass das schwierig ist.

Herr Abgeordneter Pfeil, Sie haben in Ihrem Entschließungsantrag zu dem Thema gefordert, flächendeckend auszustatten. Was heißt denn „flächendeckend“? Ich nenne mal ein Beispiel. Mit der Technik, die wir jetzt haben und die wirklich sehr gut ist, können wir – nageln Sie mich nicht darauf fest – eine Fläche von einer mittleren zweistelligen Quadratmeterzahl abdecken, und das Land Nordrhein-Westfalen hat 34.000 km². Allein daran wird schon deutlich, was das Thema ist, wenn flächendeckend etwas gemacht werden soll.

Wir beschäftigen uns im Übrigen schon länger damit, ob es Sinn macht, diese hoch spezialisierte Technik, bei der verschiedene technische Komponenten ineinandergreifen, zentral vorzuhalten, oder ob es Sinn macht, diese zumindest an verschiedenen Stellen unterzubringen. Damit bin ich wieder beim Thema „Schnelligkeit“, also bei dem, was in der Luft so passiert. Nehmen wir an, es kommt die Sichtung, die Meldung, der Streifenwagen fährt da hin und sieht das, die Technik ist in einer größeren Behörde hinterlegt – das ist ein komplexes System und nicht nur ein schultergestütztes Gewehr, wie es in den Medien zu sehen ist; es muss viel mehr Technik aufgebaut werden – und es macht Sinn, diese nachzuführen. Dann ist die Frage: Ist die rechtzeitig da? Schwierig.

Welche technischen Möglichkeiten gibt es? Wir beschäftigen uns auch damit, ob irgendetwas getan werden kann, um Streifenwagenbesatzungen damit auszustatten, ob es eine geeignete Technik gibt, die auch wirklich sinnvoll ist. Das ist schon so eine Sache. Sie können sich sicher sein, dass wir uns damit intensiv beschäftigen. Auch wenn es schwierig ist, muss man da aber ein bisschen Ruhe und Geduld haben und tatsächlich gucken, was sinnvoll ist.

An der Frage, was mit Lasern gemacht werden kann, sind wir auch dran. Es gibt auf dem Markt Prototypen, aber eher im militärischen Bereich.

Dabei würde ich es mit meinen Ausführungen zunächst belassen.

Aufgrund von Berichten über Drohnensichtungen über militärischen Einrichtungen in der deutsch-belgischen Grenzregion, in Düren und im belgischen Elsenborn, erkundigt sich **Dr. Werner Pfeil (FDP)**, ob und, falls ja, wie bezüglich Drohnen grenzüberschreitend zusammengearbeitet werde. Darüber hinaus interessiere ihn, wie die Nachteile bei einer aus einem anderen Land kommenden Drohne ablaufe. In dem konkreten Fall habe Belgien darüber informiert; zudem seien Hinweise aus der Bevölkerung an Polizei und Presse übermittelt worden.

Spekuliert werde, dass es sich bei den gesichteten Drohnen um russische gehandelt haben könne. Möglich seien aber auch Drohnen aus einem anderen Land oder von Terroristen. Drohnen könnten grenzüberschreitend Hunderte Kilometer bis zu ihrem Ziel fliegen. Er frage sich, ob entsprechende Daten im Drohnenabwehrzentrum in Nordrhein-Westfalen für eine große Fläche und in Echtzeit erhoben würden.

Insbesondere im Dreiländereck seien die Informationswege, auch mit der Bundespolizei, etabliert, unabhängig und geübte Praxis, so **LPD Dirk Hulverscheidt (IM)**. Sichtungen seien Gegenstand von Ermittlungen, die über die Staatsschutzdienststellen auch länderübergreifend erfolgten. Er könne dazu nichts berichten.

Das Bundesministerium des Innern leite zu dem Thema eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, an der sich Nordrhein-Westfalen beteilige; dies betreffe insbesondere den Bund und die Bundespolizei. Offene Fragen müssten besprochen werden; eine Lösung gebe es noch nicht.

Die Frage nach großflächig und in Echtzeit erhobenen Daten verneine er. Es müsse geklärt werden, wer die unbemannte Luftfahrt überwachen solle und wie sich für diese aufgestellt werden müsse. Das Ministerium des Innern sei womöglich nicht zuständig. – Dann läge die Zuständigkeit beim Bund, wirft **Dr. Werner Pfeil (FDP)** ein.

Falls LPD Dirk Hulverscheidt (IM) auf die folgenden Fragen nicht antworten könne und seine Antworten allgemein halten müsse, verstehe er das, merkt **Sven Werner Tritschler (AfD)** an.

Zum einen interessiere ihn der Umfang der vom Land vorgehaltenen Abwehrkapazitäten und, ob diese nur zivile, handelsübliche Drohnen oder auch von staatlichen Akteuren manipulierte oder ähnliche Drohnen abdeckten.

Da eine Drohnensichtung in der letzten Woche für rund sieben Stunden zur Einstellung des Betriebs am Münchener Flughafen gesorgt habe, frage er auch nach den Maßnahmen des Landes an Flughäfen. Zwar liege die Zuständigkeit dort zum Teil beim Bund, ab einer gewissen Entfernung sei aber das Land zuständig. Daher stelle sich die Frage, ob das Land – Stichwort „zentrale oder dezentrale Lagerung der Drohnenabwehr-

kapazitäten“ – an einer dauerhaften Sicherung von Flughäfen und anderen Knotenpunkten arbeite.

Die Technik sei für kleine, handelsübliche Drohnen geeignet, antwortet **LPD Dirk Hulverscheidt (IM)**. Andere Drohnen stellten eine Herausforderung dar. Die Abwehrkapazitäten hätten bei der Europameisterschaft 2024 beispielsweise ausgereicht zwei Spielorte allein mit nordrhein-westfälischen Kräften zu schützen; sie seien also sehr gut.

Für die Sicherheit an Flughäfen seien vordergründig der Bund und die Betreiber zuständig. Die beiden Akteure müssten sich über die jeweiligen Verantwortlichkeiten abstimmen. Es gebe aber natürlich auch eine Schnittstelle mit der Landeszuständigkeit.

6 Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede (SOTEU) der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [siehe Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4320

Inge Blask (SPD) fragt, inwiefern die Landesregierung ihre Positionierung gegen das derzeit geltende Verbrenner-Aus ab dem Jahr 2035 gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission deutlich gemacht habe sowie wie die Koordination dazu mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und Ministerin Neubaur abgelaufen sei.

Außerdem bitte sie um einen Zwischenstand zu den Gesprächen zwischen der Landesregierung und dem Unternehmen Jindal Steel, das an einem Kauf der Stahlsparte von thyssenkrupp Interesse bekundet habe.

Die Bundesregierung diskutiere derzeit über ihre Position zum Verbrenner-Aus, antwortet **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Ministerpräsident Hendrik Wüst habe gestern am Automobildialog im Kanzleramt teilgenommen, bei dem das Verbrenner-Aus ein zentrales Thema gewesen sei.

Die Landesregierung wolle pauschale Antworten auf differenzierte Wirtschafts- und Marktlagen vermeiden und votiere daher für Differenzierung und Technologieoffenheit. Politisch und medial würden Verbrennermotoren häufig mit Otto- und Dieselmotoren gleichgesetzt. Dabei gebe es auch E-Fuels und andere Technologien. Für das Finden der richtigen Lösung sei ein Dialog mit der Automobilbranche angemessen.

Die Staatskanzlei stehe mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und Ministerin Neubaur in einem andauernden Dialog zum Verbrenner-Aus.

Er bestätige direkte Gespräche zwischen der Landesregierung und Jindal Steel. Richtigerweise habe sich das Unternehmen bereits auch mit der Arbeitsnehmervertretung bei thyssenkrupp ausgetauscht. Dass zu diesem frühen Zeitpunkt der Verhandlungen bereits Gespräche stattfänden und Öffentlichkeit hergestellt worden sei, werte die Landesregierung als ein Zeichen großer Ernsthaftigkeit seitens Jindal Steel und sei aus Sicht von thyssenkrupp sicherlich zu begrüßen.

7 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge


gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

3 Anlagen

07.11.2025/14.11.2025

**SPD** NRW
Die Fraktion

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL**INGE BLASK, MDL**
Sprecherin für Europa und
InternationalesPlatz des Landtags 1
40221 DüsseldorfT 0211.884-2510
Inge.Blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de- per E-Mail -


02.09.2025

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses
für Europa und Internationales am 12. September 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW bitte ich für die Sitzung
des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. September 2025
um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Thema:**Projektbezogene Aufschlüsselung der Landesförderung
für den Bereich Europa und Internationales**
Welche konkreten Projekte hat die Landesregierung seit
Amtsübernahme für den Bereich Europa und Internationales mit
Landesmitteln unterstützt?

Die Förderung mit Landesmitteln ist für viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine, Initiativen und Träger mit europäischem und internationalem Schwerpunkt in NRW Existenzgrundlage ihrer Arbeit. Sie ermöglichen Austauschprogramme, kommunale und zivilgesellschaftliche Partnerschaften, Forschungs- und Innovationskooperationen sowie Projekte zur Demokratieförderung und Wertevermittlung. In Zeiten geopolitischer Spannungen und tiefgreifender Umbrüche stärken diese Mittel zivilgesellschaftliche Netzwerke und Kooperationen, sorgen für Planungssicherheit und tragen zur strategischen Außenbeziehung Nordrhein-Westfalens bei. Trotz dieser strategischen Bedeutung müssen Verbände,

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Initiativen und Träger auch in diesem Jahr erneut mit Kürzungen der bisher zur Verfügung stehenden Fördermittel rechnen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um die Beantwortung der folgenden Frage:

Welche konkreten Projekte hat die Landesregierung seit Amtsübernahme 2022 mit Landesmitteln aus Haushaltseinzelplan 02 (Kapitel 02 030 und 02 040) gefördert?

Bitte die Antwort je Haushaltskennziffer (siehe Liste unten) gliedern und die einzelnen Projekte jeweils tabellarisch ausweisen mit:

Projektname (Kurzbeschreibung)

Zuwendungsempfänger

Förderart

übergeordnetes Landesinteresse

gesellschaftliche Verankerung/Kompetenz in NRW

2022 verausgabt (IST)

2023 verausgabt (IST)

2024 verausgabt (IST)

2025 verausgabt bis 01.09.2025 (IST), 2025 weiterhin eingeplant (mit geplantem Auszahlungsdatum)

Prozentuale Veränderung der Fördersumme für das jeweilige Projekt gegenüber 2022 (%).

Haushaltskennziffern:

EP 02 / Kap. 02 030 / 534 10 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 685 30 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 686 10 011

EP 02 / Kap. 02 030 / 529 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 534 10 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 631 20 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 633 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 684 10 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 685 30 011

EP 02 / Kap- 02 040 / 684 30 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 685 00 023

EP 02 / Kap. 02 040 / 686 00 023



Für 2022–2024 bitte ich darum, die vollständig verausgabten Mittel (IST) anzugeben; für 2025 die bis zum 01.09.2025 verausgabten IST sowie separat die für 2025 weiterhin eingeplanten Mittel (mit geplantem Auszahlungsdatum).

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

Sprecherin für Europa und Internationales

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**
Nordrhein-Westfalen

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„OVG-Besetzung“

29.09.2025

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 10. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 10. Oktober 2025 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

Illegale Drohnenflüge in NRW – Welche Schutzmaßnahmen trifft die Landesregierung in Absprache mit internationalen Staaten?

Im Jahr 2025 haben sowohl in Deutschland wie auch in anderen europäischen Staaten vermehrt illegale Drohnenflüge über kritische Infrastrukturen stattgefunden. Im April 2025 wurden 25 Drohnenflüge in NRW festgestellt. Im vergangenen Jahr seien „(...) 64 Drohnenüberflüge über Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und deren Einsatzorte, über Ministerien, Verfassungsorgane des Bundes oder des Landes, über Flughäfen, Industrieanlagen, Kraftwerke und Krankenhäuser in NRW gemeldet worden – nach 32 im Jahr 2023.“¹

In den vergangenen Wochen hat Russland seine Provokationen gegenüber NATO noch einmal verschärft, indem vermehrt Drohnen in den Luftraum der NATO-Mitgliedsstaaten Polen und Estland eingedrungen sind. Auch in Dänemark und Norwegen kam es kürzlich zu einem Anschlag auf

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.werner-pfeil.com



¹ <https://www.heise.de/news/Illegale-Drohnenfluege-in-NRW-auf-hohem-Niveau-10506442.html>

deren kritische Infrastruktur, indem Drohnen in der Nähe zweier Flughäfen gesichtet wurden.²

In Reaktion auf die jüngsten Vorfälle im Luftraum der NATO-Mitgliedstaaten, darunter das Eindringen russischer Drohnen über Polen und Rumänien sowie die Verletzung des estnischen Luftraums durch drei russische Kampfflugzeuge, haben die 32 Bündnisstaaten eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht: „Für Russland sollte es keinen Zweifel geben: Die NATO und ihre Verbündeten werden im Einklang mit dem Völkerrecht alle notwendigen militärischen und nichtmilitärischen Mittel einsetzen, um sich zu verteidigen und alle Bedrohungen aus allen Richtungen abzuwehren.“³

In einem Bericht betonte Minister Liminski die zunehmende Bedeutung eines wirksamen Schutzes kritischer Infrastrukturen, insbesondere vor illegalen Drohnenüberflügen. Obwohl die Landesregierung bislang keine eigene Strategie zur Drohnenabwehr vorgelegt hat, wird das Thema nach Angaben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales mit wachsender Dringlichkeit behandelt. Ein zentraler Aspekt sei die enge länderübergreifende Zusammenarbeit mit dem Ziel, einheitliche Standards, kompatible Systeme und eine gemeinsame Lageanalyse zu schaffen.⁴

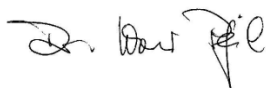
Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um den Schutz sensibler Infrastruktur in NRW vor illegalen Drohnenüberflügen zu gewährleisten?

In welchem Umfang kooperiert NRW derzeit mit anderen Bundesländern, dem Bund oder anderen internationalen Staaten bei der Entwicklung einer gemeinsamen Drohnenabwehrstrategie?

Plant die Landesregierung, eine eigenständige Drohnenabwehrstrategie für NRW zu entwickeln – und wenn ja, bis wann?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil

² <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/kopenhagen-flughafen-drohnen-102.html>

³ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-estland-104.html>

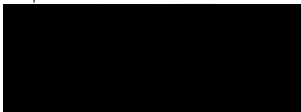
⁴ <https://www.heise.de/news/Illegale-Drohnenfluege-in-NRW-auf-hohem-Niveau-10506442.html>



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

30. September 2025

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 10. Oktober 2025**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 10. Oktober 2025:

**Was folgt aus der State-of-the-Union (SOTEU)-Rede der EU-
Kommissionspräsidentin von der Leyen für NRW?**

1. Wie bewertet die Landesregierung die SOTEU-Rede für NRW?
 - Welche Gesetzesvorhaben und Initiativen sind für NRW besonders wichtig (z.B. MFR 2028-2034)? Inwiefern?
 - Wofür wird sich die Landesregierung in Brüssel (und Berlin) in den kommenden zwölf Monaten besonders einsetzen?
 - Hat die SOTEU-Rede Auswirkungen auf die europapolitischen Prioritäten der Landesregierung?
2. Die Kommissionspräsidentin bekräftigte in ihrer Rede das Festhalten am **Verbrenner-Aus** für das Jahr 2035. Nordrhein-Westfalen ist mit seinen zahlreichen Automobilzulieferern einer der wichtigsten Automobilstandorte in Deutschland. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), selbst aus Nordrhein-Westfalen, kündigte jüngst an, dieses Aus kippen zu wollen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Wie beurteilt die Landesregierung den Kurs von Bundeskanzler Merz, entgegen den Äußerungen von Kommissionspräsidentin von der Leyen, das Verbrenner-Aus aufheben zu wollen? Unterstützt sie die Position des Bundeskanzlers und weiterer CDU-Abgeordneten oder stellt sie sich hinter das EU-Ziel von der Leyens?
 - Wie positioniert sich die Landesregierung in der Debatte um das Verbrenner-Aus gegenüber der Bundesregierung und inwiefern setzt sie sich darüber hinaus in Brüssel konkret für die Interessen der nordrhein-westfälischen Automobilindustrie ein?
3. Was bedeutet der Fokus der EU-Kommission auf **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** (Verteidigungsplan „Bereitschaft 2030“; Einführung des Programms „SAFE“ zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung; Einführung eines „Europäischen Semesters der Verteidigung“ usw.) für NRW? Wie greift das mit dem Operationsplan Deutschland ineinander mit welchen konkreten Auswirkungen und Herausforderungen für NRW (Aufmarschplanung, post-nation-support, Infrastrukturertüchtigung, Sicherung kritischer Infrastrukturen, Einbindung/Befähigung der Kommunen bei ihren Aufgaben, Zivilschutz, zivil-gewerbliche Beschaffung im Krisenfall usw.)?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL